

Der Mensch ist das einzige Wesen das will.  
Eben deswegen ist des Menschen nichts so  
unwürdig, als Gewalt zu erleiden, denn Gewalt  
hebt ihn auf. Wer sie uns antut, macht uns  
nichts Geringeres als die Menschheit streitig,  
wer sie feigerweise erleidet, wirft seine  
Menschheit hinweg.

Friedrich Schiller, Über das Erhabene

A u f r u f

zur Beteiligung am Irmgard-Lindermann-Fonds für Staatsethik und Volkserhaltung

Von Absolv.rer.pol. Walther Soyka

Irmgard Lindermann (70), Mutter von 2 Söhnen und Großmutter von 3 Enkeln, kämpfte seit Jahren wie Hunderte andere auf dem Rechtsweg dagegen, daß Scheingenehmigungen ohne rechtliche Bindungswirkung in deutschen Atomspaltwerken zur rechts- und sittenwidrigen Herstellung von Plutonium ausgenutzt werden. Rechtlich unmögliche Scheingenehmigungen sind es, weil sie unter Verheimlichung schwerstwiegender Gefahren des Plutoniums und vieler der rund 1000 Begleitnuklidarten, die bei seiner Erzeugung mit-entstehen, listig erschlichen wurden.

Seit mehr als 50 Jahren weist die Lebenswissenschaft darauf hin, daß Ei- und Samenzellen unumkehrbar geschädigt werden, wenn ionisierende Strahlung auf sie trifft. Diese Strahlung geht von radioaktiven Stoffen aus, die ins Körperinnere gelangt sind. Das Atomrecht verbietet im Einklang mit dem Stand der Wissenschaft seit Jahrzehnten den Reaktorbetreibern und ihren Bediensteten ein Verhalten, durch das offene radioaktive Stoffe in den Körper von Menschen gelangen könnten (§ 40 der Ersten Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Strahlen radioaktiver Stoffe / 1.SSVO, vom 24. Juni 1960, BGBl. I, S. 430; erneut im § 53 der StrlSchVO 1976). Es ist Rechtsbruch, wenn radioaktive Stoffe, die "ständig von einer allseitig dichten, festen inaktiven Hülle" umschlossen sein müßten, die ihren Austritt "mit Sicherheit verhindert" (§ 2 der 1.SSVO 1960 und § 2, Anl.1 der StrlSchVO.1976), dennoch fortwährend freigesetzt werden.

Ein Gramm Plutonium in feinsten Verteilung vermag bis zu 50 Millionen Menschen tödlichen Lungenkrebs beizubringen, wie Prof. John W. Gofmann, ein Mitentdecker des Plutoniums, berichtete; andere gehen davon aus, daß es "nur" 4000 Menschen sind, die 1 Gramm Pu zu töten vermag. Rund 30 Tonnen dieses künstlichen Elements Plutonium, das es in unserer natürlichen Umwelt bislang nicht gab, wurden bereits in der Bundesrepublik Deutschland rechtswidrig erzeugt. Die plutoniumerzeugenden Atomspaltwerke setzen dabei heute radioaktive Stoffe frei, die noch bis in fernste Zukunft fortwirkend an wehrlosen, noch ungezeugten Kindern und Kindeskindern irreversible genetische Schädigungen verursachen.

Die vielen angerufenen Gerichte unterbinden diesen Rechtsbruch nicht. Im Gegenteil, ihre Urteile unterstützen vorsätzlich die Plutoniumhersteller. Diese gehen weltweit davon aus, daß die Völker bereit sind, den noch ungeborenen, wehrlosen Nachkommen bis zu zehnmal schwerere Gesundheitsschäden zuzumuten, als sie die jetzt Lebenden für sich hinnehmen würden! Irmgard Lindermann als billig und gerecht Denkende erfüllt daher eine Gewissenspflicht, wenn sie sich inzwischen der Vollstreckung von Kostenforderungen widersetzt, die auf sittenwidrigen, rechtlich unmöglichen Gerichtsentscheidungen beruhen. Das Sittengesetz (Artikel 2, Absatz 1 des Grundgesetzes vom Jahr 1949) verbietet die vorsätzliche, widerrechtliche Schädigung anderer. Es kennt keinen Zusatz etwa folgender Art:

"Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu - außer es trifft wehrlose, noch ungeborene Nachkommen, denen du unumkehrbar zehnmal Schwereres zufügen darfst, als du an Gesundheitsschädigungen für dich selbst in Kauf nehmen würdest."



Gerichtsurteile, die vorsätzlich das Atomrecht, das Strafgesetz (§ 220a), das Grundgesetz (Artikel 1, 2, 6, 19/2, 25), das Völkerrecht (Präambel der von 150 Staaten ratifizierten Satzung der Weltgesundheitsorganisation) und das Sittengesetz mißachten, sind **n i c h t i g**. Weil sie rechtlich Unmögliches zulassen, entfalten sie keinerlei rechtliche Bindungswirkung. Widerstand gegen derartige rechtlich unmögliche Urteile ist sittliche Pflicht und gemäß Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes **e r l a u b t**. Mit-schuld belastet jeden, der um die **v o r s ä t z l i c h e** Erbschädigung von ungeborenen, wehrlosen Nachkommen weiß und **dennoch** keinen Widerstand gegen die Unrechtsurteile in Plutoniumabwehrprozessen leistet.

Selbstverständlich sind dem Widerstandsrecht Grenzen gezogen, die sich aus dem "Grundsatz der Verhältnismäßigkeit" und aus dem "Übermaßverbot" ergeben. Die Nichtbezahlung von Kostenvorschreibungen, die auf nichtigen Gerichtsentscheidungen beruhen, ist eine **W i d e r s t a n d s h a n d l u n g**, die sich streng an diese Grenzen hält. Irmgard Lindermann handelt daher rechtmäßig und pflichtgemäß im Sinne der Staatsethik. Auf der Flucht vor den Gerichtsvollziehern des Landes Nordrhein-Westfalen hat sie am 4. Juni 1982 ihren Hauptwohnsitz von Düsseldorf nach Bremen verlegt. Dies im Vertrauen auf die Wirksamkeit der staatsethisch vorbildlichen Bremer Landesverfassung, deren Artikel 12 **klargestellt** hat: "Der Mensch steht höher als Technik und Maschine"; demgemäß ordnet Artikel 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen an:

"Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung sind an die Gebote der Sittlichkeit und Menschlichkeit gebunden." Ergänzend dazu stellt Artikel 19 fest:

"Wenn die in der Verfassung festgelegten Menschenrechte durch die öffentliche Gewalt verfassungswidrig angetastet werden, ist Widerstand jedermanns Recht und Pflicht."

Entsprechend meinem Grundsatz: "Nicht Amboß, sondern Hammer sein", der im Einklang mit der als Motto vorangestellten Haltung Friedrich Schillers steht, habe ich im Rahmen der Gesellschaft für biologische Sicherheit den "Irmgard-Lindermann-Fonds für Staatsethik und Volkserhaltung" ins Leben gerufen. Beteiligen Sie sich durch einen Spenden-Dauer-auftrag daran. Stellen Sie statt dessen Zahlungen **e i n**, die auf sittenwidrigen, grundgesetzwidrigen, atomrechts- und völkerrechtswidrigen Kostenvorschreibungen beruhen, die nichtig sind. Staatsethik wie Volkserhaltung sind durch die vorsätzliche Freisetzung radioaktiver Stoffe in Frage gestellt. Ermöglichen Sie es uns durch Ihre Beteiligung, die Mittel zu beschaffen, die notwendig sind, um die Wahrheit an die Meinungsbildner im ganzen Volk heranzutragen. Albert Schweitzer faßte diese Aufgabe in folgende Worte:

"Unöffentlich muß eine neue Meinung entstehen. Die jetzige erhält sich durch die Presse, die Propaganda, die Organisationen und die Macht und Geldmittel, die ihr zur Verfügung stehen. Dieser unnatürlichen Verbreitung von Ideen hat sich die natürliche entgegenzusetzen, die von Mensch zu Mensch geht und nur mit der Wahrheit rechnet. Ungewappnet in der primitiven Kampfweise des Geistes, muß sie gegen andere angehen, die ihr wie Goliath dem David in der mächtigen Rüstung der Zeit entgegentreten. Für das Ringen, das sich daraus entwickeln wird, lassen uns alle geschichtlichen Analogien im Stich. Wohl hat auch die Vergangenheit den Kampf des denkenden Einzelgeistes gegen den gebundenen Gesamtgeist gekannt. Nie aber trat das Problem auf wie heute, weil der in modernen Organisationen, moderner Gedankenlosigkeit und modernen Volksleidenschaften gebundene Gesamtgeist eine einzigartige Erscheinung ist."

Ich lade Sie ein, auf dem mitfolgenden Antwortschein jene beiden Worte zu unterstreichen, die Ihrer persönlichen Auffassung am ehesten entsprechen, wenn Sie Frau Lindermann's Haltung bewerten wollen; oder streichen Sie bis zu fünf Worte, denen Sie nicht zustimmen. Zur Weitergabe können Sie bei mir weitere Exemplare dieses **A u f r u f s** anfordern:

Walther Soyka, Wendtstraße 22, 2800 Bremen 1, Ruf: 0421 / 76 9 76.



Irmgard Lindermann  
Wendtstraße 22  
2800 Bremen 1

Bremen, 26.8.1982

An das  
Oberverwaltungsgericht für die Länder  
Niedersachsen und Schleswig-Holstein  
Uelzener Straße 40  
2120 Lüneburg

Betr.: AZ 7 OVG A 43/80 und 7 OVG A 80/81

Ich teile Ihnen mit, daß ich auf der Flucht vor den Gerichtsvollziehern des Landes Nordrhein-Westfalen im 71. Lebensjahr am 4. Juni 1982 meinen Hauptwohnsitz in das Land Bremen verlegt habe. Dies deshalb, weil die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen mit Artikel 12 feststellt: "Der Mensch steht höher als Technik und Maschine." Der Tag meiner Hauptwohnsitzverlegung war der 2. Jahrestag der Zerstörung der Republik Freies Wendland, die 33 Tage lang an der Tiefbohrstelle 1004 bei Gorleben Tausende staatsethisch beispielgebende Widerstandskämpfer vereinte. Näheres bitte ich dem von Herrn absol.v.rer.pol. Walther Soyka verfaßten "Aufruf zur Beteiligung am Irmgard-Lindermann-Fonds für Staatsethik und Volkserhaltung" zu entnehmen, der hier 3-fach mitfolgt.

Weiter übermittle ich Ihnen 3 Stück des Heftes Nr. 10a "Der Rechtsweg - Dokumente aus dem Archiv für Volkserhaltung und Staatsethik" mit dem Titelbild "Die Wahrheit siegt". Das Heft erschien am 6. August 1982, dem 10. Jahrestag der Gründung des FORUM HUMANUM und zugleich dem 37. Hiroshimajahrestag. Es dient der Ergänzung der von Herrn Soyka, meinem Prozeßbevollmächtigten dem OVG bereits überreichten umfangreichen Unterlagen, die der Vorbereitung des von ihm bereits zum 20. Juli 1981 angekündigten "Erledigungsschriftsatzes" dienten. Herr Soyka unterließ bislang die Überreichung, um nicht ungewollt für gewalttätige Widerstandshandlungen Vorschub zu leisten, die das "Übermaßverbot" und den "Grundsatz der Verhältnismäßigkeit" mißachten. Ich ersuche, die genannten Unterlagen noch nicht an ihn zurückzusenden, da das Gericht sie noch benötigen wird.

In einer treffenden, kurzgefaßten Darstellung hat unabhängig von mir nach Erhalt des Rechtswegheftes Nr. 10a Herr Karl Wilhelm Mayer das Versagen der Gerichte in den seit Jahren anhängigen Plutoniumabwehrprozessen gekennzeichnet. Ich schließe mich seiner nachfolgend wiedergegebenen Erklärung vollinhaltlich an:

Karl W. Mayer, Michaelsheim, D-3111 Eimke

An (Drucksache/Fotokopie).....gleichwohl  
7 OVG A 107/81 vollgültige  
Zuschrift!

2120 Lüneburg 2371

Eimke, den 14.8.82

Denk-Fühl-Tat = Schrift 14

*K*

Betr.: Kurzstellungnahme zur "Kernenergie"- "Gewinnung" zum dort. Aktenzeichen i.d. Anschrift

Unter Hintergehung der Öffentlichkeit haben Wissenschaft, Hochfinanz und Industrie unter Mitwirkung von Politik und Justiz seit den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts übereilt, ohne exakte wissenschaftliche Absicherung und Erforschung der Folgen irreversible, subatomare Weitzerstrahlungsvorgänge beschleunigt, die verhängnisvoll in alle Lebensvorgänge eingreifen. Das intellektuelle, Materie-verhaftete, egozentrische Bewußtsein besonders der "Verantwortlichen" hat offensichtlich nicht die moralische Qualifikation, diesen Irrtum einzugestehen: es flüchtet - böswillig oder naiv - in immer neue Ausreden und Rechtfertigungsversuche, letztlich in weitere Verschlimmerungen der eigenen Zwangslage, obwohl das totale Chaos bereits eindeutig absehbar ist. Besonders auch durch das Wirken von Herrn Walther Soyka, Institut für biologische Sicherheit, Bremen, sind die vorgenannten "Instanzen" in ihrer Unfähigkeit, ja in ihrem Unfähigbleibenwollen demaskiert. In dieser Situation ist weiteres Vorgehen auf dem Rechtsweg zwecklos. Eine Klärung kann nur die Bewußtseinsbildung der Öffentlichkeit bringen. Hierzu müssen alle natur- und geisteswissenschaftlichen Forschungsergebnisse bekanntgemacht werden, wozu ich mich bemühe. In bisherigen und weiteren Veröffentlichungen setze ich mich für allseitige Erkenntnis-Erweiterung und allseitigen Ausgleich eingleisiger Verirrungstendenzen ein.

Irmgard Lindermann  
Karl W. Mayer



# NORBERT GIEBELS

Gerichtsvollzieher

Roßstr. 89

~~XXXXXXXXXXXX~~

4000 Düsseldorf XX 30

Telefon (02 11) ~~XXXXX~~ 4541515

Postscheck(glenst)konto: Essen

(BLZ 360 100 43) 1298 08 435

Sprechstunden v. ~~XXXXXX~~ 12 - 13

außer Mittwoch u. Samstag Uhr

DR II 946 / 82

Bitte bei allen Schreiben u. Zahlungen angeben

Frau

Irmgard Lindermann

Sternstr. 40

4000 Düsseldorf

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Tag

13. Juli 1982

Betr.: Abgabe der eidesstattlichen Versicherung.

RWE, Essen

In der Zwangsvollstreckungssache .....

gegen Sie habe ich einen H a f t b e f e h l zur Vollstreckung vorliegen.

Um Ihnen eine förmliche Verhaftung und Einlieferung in die Strafanstalt zu ersparen, fordere ich Sie auf diesem Wege auf, sich am:

Freitag 23. Juli 1982 9,00 Uhr  
..... den ..... um ..... Uhr

im Amtsgericht Düsseldorf, Schanzenstraße 76, Düsseldorf-Oberkassel, Zimmer 124, zu melden, um die eidesstattliche Versicherung (früher Offenbarungseid) abzugeben. Ich werde zum angegebenen Termin dort auf Sie warten. Bringen Sie zum Termin sämtliche Policen über bestehende Versicherungen, Bausparverträge usw. mit.

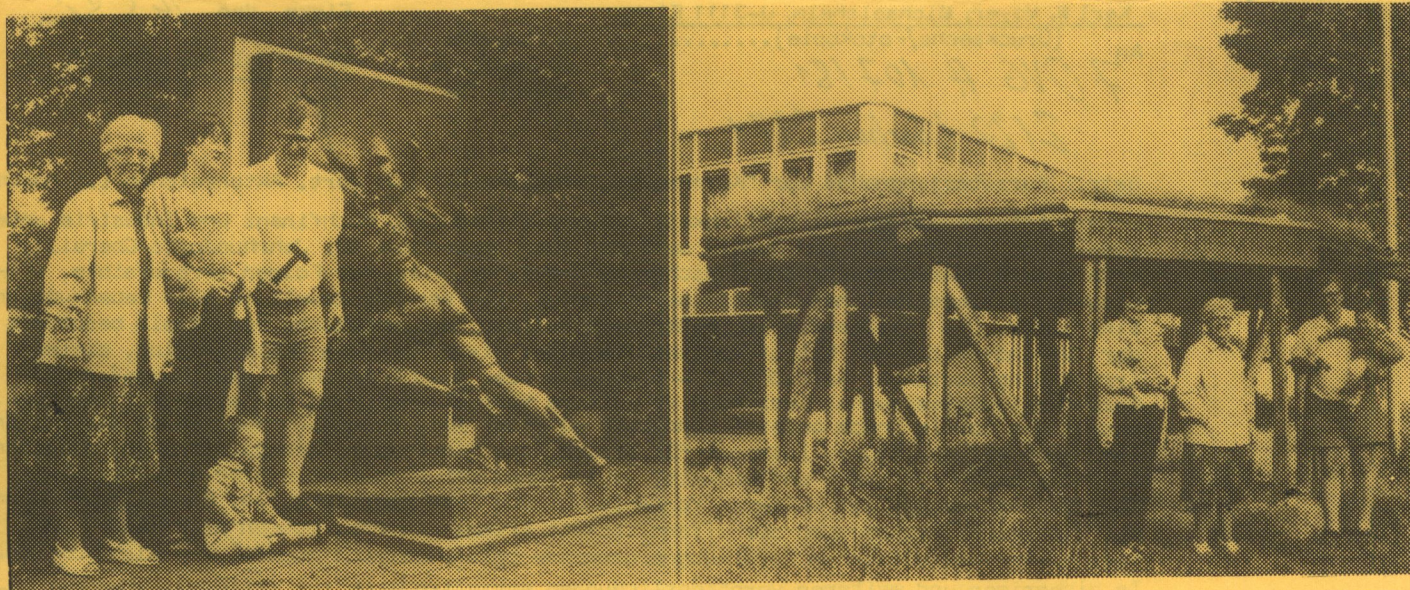
Ich weise mit Nachdruck darauf hin, daß ich im Falle Ihres Nichterscheins Ihre Verhaftung auf jeden Fall, unter Hinzuziehung der Polizei, auch zur Nachtzeit, durchführen und Sie in die hiesige Justizvollzugsanstalt einliefern werde!

Falls Sie Zahlung leisten wollen oder Zahlung inzwischen erfolgt sein sollte, bitte ich Sie, mich vor dem oben angegebenen Termin in meinem Büro zu den Sprechstunden anzurufen.

(Giebels)

Gerichtsvollzieher

Aufnahmen: Ingeborg Soyka



Irmgard Lindermann (70), Nicoll de Bruin-Soyka (23), Walther Soyka (56)  
mit Kindern Edgar und Friederike auf dem Wendlandplatz in Bremen